

ANTRAG

Gremium: XXVII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 03.06.2023

Tagesordnungspunkt: 9.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R1NEU2: BJV, LYMEC & IFLRY Vorstandsmitglieder im eBuVo

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 Nach § 9 Abs 3 wird folgender Absatz eingefügt:

4 *(4) Von JUNOS nominierte Mitglieder im Vorstand der Bundesjugendvertretung, im*
5 *Bureau von LYMEC sowie im Bureau von IFLRY sind kraft ihres Amtes zusätzliche*
6 *stimmberechtigte Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes, sofern sie JUNOS-*
7 *Mitglied sind.*

8 Der bisherige § 9 Abs 4 wird zu § 9 Abs 5.

9 Der bisherige § 9 Abs 5 wird zu § 9 Abs 6.

10 Der bisherige § 9 Abs 6 wird zu § 9 Abs 7.

11 Der bisherige § 9 Abs 7 wird zu § 9 Abs 8.

12 Der bisherige § 9 Abs 8 wird zu § 9 Abs 9.

13 Der bisherige § 9 Abs 9 wird zu § 9 Abs 10.

Begründung

Als höchstes strategisches Gremium zwischen den Bundeskongressen ist es wichtig, dass der erweiterte Bundesvorstand Perspektiven und auch die Expertise aus allen Teilen der Organisation miteinbezieht. Neben den Landesverbänden und den bundesweiten Zweigvereinen ist auch eine enge Vernetzung mit unseren Vertreter:innen in den Vorständen unserer Dachorganisationen von großer Bedeutung, daher sollen diese in

den erweiterten Bundesvorstand aufgenommen und in wichtige strategische Entscheidungen eingebunden werden.

ANTRAG

Gremium: XXVII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 03.06.2023

Tagesordnungspunkt: 9.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R2NEU: Schüler:innen mit Doppelpunkt

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 Der bisherige § 8 Abs 2b wird wie folgt geändert:

4 *(2b) Die Bundesvorsitzende des Zweigvereins Junge liberale Schüler:innen – JUNOS*
5 *ist kraft ihres Amtes ein zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied des*
6 *Bundesvorstandes.*

7 Der bisherige § 13 Abs 7 lit a Ziffer iii wird wie folgt geändert:

8 *iii. Eine gewählte Landesvorsitzende oder bestellte Landeskoordinatorin des*
9 *Zweigvereins Junge liberale Schüler:innen – JUNOS ist kraft ihres Amtes ein*
10 *zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstandes.*

11 Der bisherige § 13 Abs 7 lit m Ziffer v wird wie folgt geändert:

12 *v. Koordination mit JUNOS Schüler:innen,*

13 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der Finanzordnung
14 vorzunehmen:

15 Der bisherige § 2 Abs 4 wird wie folgt geändert:

16 *(4) Mitgliedsbeiträge von Mitgliedern, die auch Mitglied von Junge liberale*
17 *Studierende – JUNOS oder Junge liberale Schüler:innen – JUNOS sind, werden zu*

18 *10% der jeweiligen Zweigorganisation zugewiesen. Bei gleichzeitiger*
19 *Mitgliedschaft in beiden Zweigorganisationen kommen die 10% beiden*
20 *Zweigorganisationen zu gleichen Teilen zugute. Der verbliebene Anteil der*
21 *Mitgliedsbeiträge entfällt zu 75% auf den Landesverband, zu 25% auf den Bund.*

Begründung

Bei der vergangenen Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler:innen am 6. und 7. Mai in Wien wurde der Verein in *Junge liberale Schüler:innen* - jetzt mit Doppelpunkt statt Unterstrich gegendert - umbenannt. Um diese Formalie auch korrekt in den JUNOS Rechtsnormen abzubilden, soll dieser Antrag die betroffenen Stellen anpassen.

ANTRAG

Gremium: XXVII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 03.06.2023

Tagesordnungspunkt: 9.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R3NEU: Mindestunterstützung für Anträge zu den Rechtsnormen

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der
2 Geschäftsordnung vorzunehmen:

3 Der bisherige § 14 Abs 1 wird wie folgt geändert:

4 *(1) Anträge zum Statut oder zu weiteren Rechtsnormen des Vereins sind spätestens*
5 *zehn Tage vor dem Bundeskongress von mindestens fünf stimmberechtigten*
6 *Mitgliedern beim Bundesvorstand einzureichen.*

Begründung

Da Debatten über Statuten- und Geschäftsordnungsänderungen auf Bundeskongressen oft sehr viel Zeit einnehmen, soll die Hürde für das Einbringen von Anträgen zu den Rechtsnormen etwas angehoben werden, sodass aussichtslose, aber zeitintensive, Diskussionen vermieden werden können und mehr Zeit für andere Punkte bleibt. Gleichzeitig könnte man mit einer Anhebung der Hürde noch einmal unterstreichen, wie grundlegend Änderungen der Rechtsnormen für JUNOS sind. Natürlich soll die Hürde dabei insgesamt niedrig bleiben, sodass überlegte und spannende Anträge jedenfalls diskutiert werden können.

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 9.2 Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU2: Aufstieg neu denken! Die liberale Arbeitswelt von morgen

Antragstext

1 **Wir gestalten die liberale Arbeitswelt von morgen.**

2 Für uns stellt Arbeit ein grundlegendes, menschliches Bedürfnis dar. Oft wird
3 die Debatte zum Thema "Arbeit" auf die Perspektive der Arbeitnehmer:innen
4 reduziert. Das ist jedoch zu kurz gegriffen, da genauso Selbständigkeit und
5 Unternehmertum essenzielle Bestandteile der Arbeitswelt sind. Moderne
6 Arbeitspolitik muss also all diese Bereiche abdecken und von Beginn an
7 gesamtheitlich gedacht werden.

8 Davon ist Österreich noch Meilen entfernt. Die derzeitige Arbeitswelt in
9 Österreich ist keineswegs fit für die Zukunft und deren Herausforderungen. Nicht
10 umsonst belegt Österreich lediglich Platz 20 von 63 im "Competitiveness
11 Index"[\[1\]](#) und liegt somit hinter anderen europäischen Ländern wie den
12 Niederlanden, Deutschland oder den nordischen Staaten. Wir Liberale erkennen die
13 Zeichen der Zeit und wollen die passenden Rahmenbedingungen für eine moderne
14 Arbeitswelt schaffen. Wir dürfen den Status quo nicht hinnehmen. Unser Anspruch
15 ist es, durch liberale Arbeitspolitik den Wohlstand in Österreich nicht nur zu
16 erhalten, sondern ihn durch Unternehmergeist, Arbeitswillen und Innovation
17 weiter auszubauen! Wir wollen ein Land, in dem sich jede:r aus eigener Kraft
18 etwas aufbauen kann. **Wir wollen ein neues Aufstiegsversprechen.** Das geht nur mit
19 einer modernen, zukunftsgerichteten Arbeitswelt und dafür müssen wir die
20 bestehenden Strukturen neu denken.

21 **Sozialstaat neu denken**

22 Für einen modernen Sozialstaat braucht es vor allem zwei Dinge: zielgerichtete
23 und transparente Transferleistungen des Staates an die mündigen Bürger:innen.

24 **Liberales Bürgergeld einführen:** Wir JUNOS fordern deshalb bereits die Einführung
25 einer negativen Einkommensteuer in Form eines Bürgergeldes, um das derzeitige
26 "System der 1.000 Ämter" zu vereinfachen und zu modernisieren und ein System zu
27 schaffen, in dem es sich immer lohnt, arbeiten zu gehen. Wir verweisen hier auf
28 unseren Beschluss *Einführung des liberalen Bürgergeldes*[\[2\]](#) und wollen diesen
29 noch einmal bekräftigen.

30 **Arbeitslosengeld degressiv gestalten:** Des Weiteren fordern wir JUNOS die
31 Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes. Denn in Österreich dauert die
32 Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich lange: so finden nicht einmal 10% einen
33 Monat, nachdem sie arbeitslos geworden sind, wieder einen Job und auch nach 3
34 Monats sind es nur knapp über 30%.[\[3\]](#) Wir müssen daher Anreize setzen, dass es
35 sich lohnt, schneller wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. So tritt man auch
36 dem volkswirtschaftlichen Problem der Langzeitarbeitslosigkeit entgegen. Konkret
37 treten wir JUNOS für folgendes Modell ein:

38 Statt wie bisher 55% sollen bis zu 75% des durchschnittlichen Nettogehaltes der
39 Person im Rahmen des Bürgergelds ausgezahlt werden. Hierbei ist eine Obergrenze
40 von derzeit 2.500 € netto angemessen. Dieser Betrag soll sich nach den ersten
41 zwei sowie nach den ersten vier Monaten jeweils um 10% reduzieren. Danach wird
42 der Betrag in weiteren 2-Monats-Schritten jeweils um 5% des durchschnittlichen
43 Nettogehalts der Person reduziert, bis am Ende nur mehr in der Höhe des
44 Mindestbezuges das liberale Bürgergeld ausbezahlt wird. Während des Erhalts des
45 Arbeitslosengelds kann einer geringfügigen Arbeit nachgegangen werden. Dies kann
46 auf kurze Sicht zielführend sein, führt aber auf lange Sicht zu einer
47 Ungerechtigkeit gegenüber arbeitenden Menschen, daher fordern wir, dass ab dem
48 dritten Monat einer geringfügigen Beschäftigung während der formellen
49 Arbeitslosigkeit das Einkommen zu dem Steuersatz, der inklusive Bürgergeld
50 anfallen würde, steuerpflichtig ist.[\[4\]](#)

51 **Berufswelt neu denken**

52 Um die derzeitige Berufswelt auf die Zukunft auszurichten, braucht es
53 Leistungsanreize. Vollzeit zu arbeiten, muss sich wieder lohnen. Das derzeitige
54 System benachteiligt alle Arbeitenden. Alle, die aufstehen und arbeiten gehen.
55 Alle, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Egal, ob die Tischlerin, der
56 Krankenpfleger oder der Bankangestellte.

57 **Unternehmensindividuelle Lösungen statt gesetzlicher 4-Tage-Woche:** Eine

58 staatlich vorgeschriebene 4-Tage-Woche für alle Unternehmen halten wir JUNOS für
59 nicht zweckmäßig. Die Angestellten und Unternehmer:innen sollen frei entscheiden
60 können, in welchem Arbeitszeitmodell sie arbeiten. Wer eine 4-Tage-Woche für
61 alle fordert, verkennt die unterschiedlichen Arbeitsrealitäten sowie den
62 eklatanten Arbeitskräftemangel in unserem Land. Wir fordern daher die Schaffung
63 eines größtmöglichen gesetzlichen Spielraumes für die Etablierung solcher
64 flexiblen Arbeitszeitmodelle.

65 **Freie Preisbildung statt Mindestlohn:** Außerdem sind wir für die privatautonome
66 Gestaltung von Dienstverträgen, hier braucht es keine staatliche Bevormundung.
67 Daher sind wir gegen gesetzliche Mindestlöhne, denn für uns ist klar, dass
68 Mindestlöhne primär geeignet sind, noch mehr Arbeitslosigkeit zu schaffen.[\[5\]](#)
69 Die Anzahl an Arbeitstagen und die Löhne sollen die Unternehmen und
70 Beschäftigten selbst regeln und nicht durch die Politik vorgeschrieben werden.
71 Das impliziert das Abschaffen von verpflichtenden Kollektivverträgen.[\[6\]](#)

72 **Einkommensteuer radikal senken:** Zudem braucht es in Zeiten wie diesen mehr denn
73 je eine radikale Senkung der Einkommensteuer, insbesondere der unteren
74 Steuerklassen.[\[7\]](#) Bereits mit einem Einkommen von über 32.000 € netto zahlt man
75 internationale Spitzensteuersätze. Deshalb ist es vielen arbeitenden Menschen
76 unmöglich, sich etwas aus eigener Kraft aufzubauen. Wir JUNOS fordern daher die
77 Senkung der Steuer- und Abgabenlast auf Arbeitseinkommen auf allerhöchstens 33%.

78 **Grenzenloses Office und Homeoffice:** Jede:r soll außerdem bei Möglichkeit arbeiten
79 können, wo er/sie will! Wenn man dazu berechtigt ist, Telearbeit in Anspruch zu
80 nehmen, soll diese, wo es der Erfüllung des Arbeitsauftrags nicht abträglich
81 ist, auch ohne zeitliche Einschränkung im Ausland verrichtet werden können. Vor
82 allem für junge Menschen ist ein solches ortsunabhängiges Arbeitsmodell
83 attraktiv und schafft einerseits neue Möglichkeiten, wertvolle, internationale
84 Erfahrungen zu sammeln und andererseits Verpflichtungen, wie
85 Betreuungspflichten, besser nachgehen zu können. Wir fordern daher klare
86 arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Regelungen für diesen Fall.

87 **Früher Start ins Berufsleben statt Zwangsdienst absitzen:** Österreich ist eines
88 der wenigen europäischen Länder, in denen junge Männer, bevor sie in ihre
89 Ausbildung oder ihr Berufsleben starten können, einen Heeres- oder Zivildienst
90 absitzen müssen. Die schlechte Entlohnung und die oft sinnlosen Aufgaben rauben
91 den jungen Männern Zeit, die sie bereits in ihr Berufsleben investieren könnten.
92 Auch gesamtgesellschaftlich ist dieses System, ob seiner enormen
93 Opportunitätskosten, zu überdenken. So könnte man die Einkommensteuern, die auf
94 die äquivalent in der Privatwirtschaft verrichtete Arbeitsleistung entfallen
95 würde, in ein Berufsheer und mehr Sanitätspersonal investieren. Wir fordern
96 daher ein attraktives Freiwilliges Soziales Jahr statt Zwangsdienst für junge

97 Männer.

98 **Arbeitswunschoort Austria:** Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es
99 essenziell, so schnell wie möglich qualifizierte Arbeitnehmer:innen anzuwerben,
100 da diese international begehrt sind. Um den Wirtschaftsstandort Österreich zu
101 sichern, müssen ausländischer Qualifikationen unbürokratischer und schneller
102 anerkannt werden. Außerdem sollen ausländische Arbeitskräfte bewusst angeworben
103 und durch schnellere Verfahren und Verfahrenshilfen zur Erreichung einer
104 Arbeitserlaubnis unterstützt werden, um somit Österreich als Arbeitsort zu
105 attraktiveren. Daher fordern wir ein Einwanderungsgesetz mit einem einfachen und
106 transparenten Punktesystem nach kanadischem Vorbild.

107 Um eine moderne Arbeitswelt zu schaffen, fordern wir JUNOS außerdem:

- 108 • die Abschaffung des Kammerzwangs gemäß unseres Beschlusses *Freiwillige*
109 *Interessensvertretung statt Kammerzwang*[\[8\]](#);
- 110 • den transparenten Lohnzettel (genaue Aufschlüsselung der gesamten Abgaben,
111 Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und inkl. der Arbeitgeberkosten);
- 112 • Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flächendeckende
113 Ganztagesbetreuung in Schulen und Kindergärten;
- 114 • die weitgehende Abschaffung von Gebühren für grundlegende Services bei
115 Behörden (zB Leumundszeugnis).

116 **Bildung ist Bürger:innenrecht und Fundament des Aufstiegs**

117 "Bildung ermöglicht Menschen persönliche Entfaltung frei von familiären,
118 sozialen oder staatlichen Zwängen. Sie soll Menschen hervorbringen, die
119 Ausbildungs-, Berufs- und Lebensentscheidungen mündig und unbeeinflusst treffen
120 können. Schule hat zum Ziel unter Rücksicht auf altersabhängige und individuelle
121 Entwicklungsschritte Menschen bei ihrem zur Mündigkeit führenden Bildungsprozess
122 zu unterstützen, sowie notwendige Kulturtechniken, Kenntnisse, Inhalte und
123 Kompetenzen zu vermitteln. Schule muss Ermöglichungsbedingungen für junge
124 Menschen schaffen. " Dieses Zitat aus dem Beschluss *Bildung ist*
125 *Bürger:innenrecht: Die liberale Schule*[\[9\]](#) - beschlossen am 10.07.2021 durch den
126 XXIII. BuKo - verdeutlicht, wie wichtig Bildung, Ausbildung und Weiterbildung
127 für die Erneuerung des Aufstiegsversprechen sind, denn sie sind das Fundament
128 für jeglichen sozialen wie ökonomischen Aufstieg. Wir bekennen uns daher zu
129 einer umfassenden Bildungsreform im Sinne unseres oben genannten Antrags und
130 verweisen hier auf diesen.

131

132

Berufliche Weiterbildung neu denken

133 Wir wollen allen Berufstätigen Lebenslanges Lernen ermöglichen, denn nur so
134 werden wir in Zeiten von künstlicher Intelligenz und immer schnellerer
135 Innovation wettbewerbsfähig bleiben.

136 **Aufstiegskonto einführen:** In Zukunft sollen alle Aus- und Weiterbildungsangebote
137 steuerlich absetzbar sein, egal ob diese im Zusammenhang mit dem eigenen Beruf
138 stehen oder nicht.

139 **Unternehmen x Hochschulen:** Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und
140 Bildungseinrichtungen soll dazu beitragen, dass die vermittelten Bildungsinhalte
141 besser auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes abgestimmt sind. Unternehmen und
142 Hochschulen oder Berufsschulen können etwa Partnerschaften eingehen, um einander
143 gegenseitig zu unterstützen.

144 **Work and Travel Programm "Bildungskarenz" abschaffen:** Die Möglichkeit der
145 Bildungskarenz soll abgeschafft werden und durch zielgerichtete Maßnahmen
146 ersetzt werden, die eine spätere berufliche Veränderung ermöglichen und fördern.
147 Damit bilden wir die Realität einer sich schnell verändernden Wirtschaftswelt ab
148 und stellen sicher, dass jede:r die Möglichkeit hat, mit dieser Veränderung
149 Schritt zu halten und durch eigene Leistung von ihr zu profitieren.

150

Unternehmertum neu denken

151 Vor allem die Unternehmensgründung und der Schritt in die Selbstständigkeit ist
152 für junge Menschen eine Herausforderung. Hier müssen die richtigen
153 Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Gründerprozesse zu vereinfachen und
154 Unternehmertum zu fördern. Österreich belegt in der Rangliste der besten Länder
155 für Startups und Unternehmertum [\[10\]](#) nur Platz 19 und liegt damit hinter vielen
156 europäischen Staaten. Das können wir besser! Beispielsweise nach dem Vorbild
157 Deutschlands, das hier aktuell auf Rang 1 liegt. Laut EU-Kommission ist es das
158 Ziel, eine Unternehmensgründung innerhalb von 3 Tagen möglich zu machen.
159 Österreich verfehlt dieses Ziel meilenweit, bei uns dauert eine Gründung derzeit
160 im Schnitt 25 Tage. Statt den Unternehmer:innen mit neuen Steuern Steine in den
161 Weg zu legen, braucht es endlich Freiheit für unsere Unternehmen.

162 **Gründungsprozesse vereinfachen:** Es braucht eine Vereinfachung und Verbilligung
163 von Gründungsprozessen, die dazu beitragen, dass mehr Unternehmen gegründet und
164 somit auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier sollen sowohl die Kosten,

165 als auch die formellen Hürden einer Gesellschaftsgründung erheblich gesenkt
166 werden.. Wir JUNOS wollen, dass die Gründung einer Gesellschaft innerhalb von 24
167 Stunden möglich ist.

168 **Freie Gewerbe statt Überregulierung:** Wir JUNOS fordern eine Entbürokratisierung
169 der Gewerbeordnung, hier verweisen wir auf unseren Beschluss *Reform der*
170 *Gewerbeordnung*[\[11\]](#).

171 **Nein zur Maschinensteuer:** Wir sprechen uns klar gegen eine Maschinensteuer aus,
172 da diese Innovation und Wirtschaftswachstum im Weg steht.

173 **Förderung von Innovationskraft:** Die Zusammenarbeit von Unternehmen und
174 Forschungs-/Bildungseinrichtungen muss steuerlich begünstigt werden, damit
175 Österreich zu einem Land der Wissenschaft und Innovation wird. Denn oftmals
176 fehlt in der Wissenschaft das Geld für teure Forschungsprojekte. Davon
177 profitieren beide Seiten, die Hochschulen durch ein besseres Budget und die
178 Unternehmen durch zielgerichtete, praxisnahe und ergebnisorientierte Forschung.
179 Um Anreize dafür zu schaffen, soll das Engagement der Unternehmen
180 steuerbegünstigt sein.

181 **Gründungsfonds schaffen:** Die Einführung eines teilprivatisierten Gründungsfonds
182 soll als Finanzierungsquelle für junge Unternehmerinnen und Unternehmer dienen,
183 die schnell und unbürokratisch Gründungskredite vergeben. Die Unternehmer:innen,
184 die in diesen Fond investieren, indem sie Anteile an diesem Fonds halten, sollen
185 diese Investitionen KEST-befreit leisten können. Der Gründungsfonds kann und
186 soll auch als Risikokapitalgeber agieren und junge Unternehmen unterstützen, die
187 innovative Ideen haben, aber keine ausreichenden Sicherheiten bieten können, um
188 traditionelle Bankkredite zu erhalten.

189 **Lohnnebenkosten senken:** Um die Unternehmen nachhaltig zu entlasten und die
190 Einstellung neuer Mitarbeiter:innen attraktiver zu machen, fordern wir eine
191 Senkung der Lohnnebenkosten. Auch diese zählen im internationalen Vergleich in
192 Österreich zu den höchsten weltweit. Erhält ein:e Dienstnehmer:in 34.000 €
193 netto, so zahlt der Dienstgeber dafür knapp 66.000 €! An Neueinstellungen
194 verdient aktuell primär der Staat, zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit
195 österreichischer Unternehmen. Neben einer generellen Reduzierung fordern wir
196 konkret die Abschaffung der Kommunalsteuer, des Zuschlags zum Insolvenz-
197 Entgeltsicherungsgesetz, der Arbeiterkammerumlage und des
198 Wohnbauförderungsbeitrag.
199 Wir sagen ganz klar: es muss mehr Netto vom Brutto geben!

200 **Künstliche Intelligenz und digitale Infrastruktur:** Künstliche Intelligenz wird

201 einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Zukunft. Doch derzeit verschläft
202 Österreich diesen Fortschritt, während andere europäische Länder hier eine
203 Vorreiterstellung einnehmen.[\[12\]](#) Die Forschung zu künstlicher Intelligenz soll
204 daher von Hochschulen stärker behandelt werden. Um hier auch gleichzeitig den
205 Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken und Forschung auch finanziell zu
206 stützen, müssen Ausgründungen aus Universitäten vereinfacht ermöglicht werden.
207 Zwar sehen wir KI grundlegend als Chance für die Gegenwart und Zukunft, wir
208 verschließen unsere Augen aber auch nicht vor den Gefahren von KI. Deshalb
209 braucht es auf europäischer Ebene klare Regeln betreffend die Nutzung von KI,
210 beispielsweise im Urheberrecht, um einen fairen Markt sicherzustellen. Außerdem
211 fordern wir, dass digitale Infrastruktur im Rahmen der kritischen Infrastruktur
212 behandelt und dementsprechend modernisiert und ausgebaut wird. Hier noch länger
213 abzuwarten schadet unserem Wirtschaftsstandort.

214 **Gesellschaftsformen neu denken**

215 Österreichs Gesellschaftsrecht muss im 21. Jahrhundert ankommen. Die GmbH wurde
216 1906 geschaffen, die AG 1966. Doch die Gründung dieser Gesellschaftsformen
217 stellt oft eine zu große Hürde dar. OG und KG hingegen haben wieder Nachteile
218 bei Haftung und Besteuerung. Wir wollen eine moderne Unternehmensform für junge
219 Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen.

220 **Einführung einer Austria Limited:** Wir fordern daher die Schaffung einer Austria
221 Limited als Gesellschaftsform. Dadurch ist es jungen Unternehmer:innen leichter
222 möglich, eine Kapitalgesellschaft zu gründen. Länder in denen ähnliche
223 Gesellschaftsformen bereits existieren schneiden bei Neugründungen deutlich
224 besser ab.

225 Die Austria Limited ist mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet und bildet eine
226 weitere Form der Kapitalgesellschaft, mit der charakteristischen beschränkten
227 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €
228 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren können nur
229 natürliche Personen Inhaber:in sein. Ab einem Umsatz von 1 Mio. € bzw. zwei Mal
230 hintereinander 700.000 € wird die Gesellschaft automatisch in eine GmbH
231 umgewandelt. Der Betrag, der zur Mindesteinlage der GmbH fehlt, ist dann
232 aufzuzahlen bzw. einzubringen und von der Steuer zu befreien.

233 [\[1\]https://worldcompetitiveness.imd.org/countryprofile/AT/wcy](https://worldcompetitiveness.imd.org/countryprofile/AT/wcy)

234 [\[2\]Einführung des liberalen Bürgergelds](#), beschlossen durch den VI.
235 Bundeskongress in St. Pölten

236 [\[3\]https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2121377-
237 Oesterreich-mit-ueberdurchschnittlich-vielen-Langzeitarbeitslosen.html](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2121377-Oesterreich-mit-ueberdurchschnittlich-vielen-Langzeitarbeitslosen.html)

238

239 [\[4\]](#) Beispiel: Bürgergeld in der Höhe von 10.000 € p.a., geringfügiges Einkommen
240 von 5.000 € p.a., Gesamteinkommen 15.000 € p.a. Steuersatz auf das 10.691€
241 übersteigende Einkommen wäre 10%. Daher: 4.309 € werden mit 10% besteuert.
242 (jeweils aktueller Regelsteuersatz)

243 [\[5\]Mindestlohn bedeutet Mindestarbeitslosigkeit](#), beschlossen durch den III.
244 Bundeskongress in Wien

245 [\[6\]Programm für eine neue Generation](#), beschlossen durch den XV. Bundeskongress
246 in Wien

247 [\[7\]Flat Tax: Revolution des Steuersystems](#), beschlossen durch den V.
248 Bundeskongress in Graz

249 [\[8\]Freiwillige Interessensvertretung statt Kammerzwang](#), beschlossen durch den
250 II. Bundeskongress in Wien

251 [\[9\]Bildung ist Bürger:innenrecht: Die liberale Schule](#), beschlossen durch XXIII.
252 Bundeskongress in Rankweil

253 [\[10\]https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731835/umfrage/top-20-der-
besten-laender-fuer-startups-nach-dem-best-countries-ranking/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731835/umfrage/top-20-der-
254 besten-laender-fuer-startups-nach-dem-best-countries-ranking/)

255 [\[11\]Reform der Gewerbeordnung](#), beschlossen durch den VIII. Bundeskongress in
256 Innsbruck

257 [\[12\]https://www.brookings.edu/blog/techtank/2022/01/12/how-countries-are-
leveraging-computing-power-to-achieve-their-national-artificial-intelligence-
strategies/amp/](https://www.brookings.edu/blog/techtank/2022/01/12/how-countries-are-
258 leveraging-computing-power-to-achieve-their-national-artificial-intelligence-
strategies/amp/)

ANTRAG

Gremium: XXVII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 04.06.2023

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A14NEU2: Reiche Eltern für alle! – Finanzielle Chancenfairness durch ‘Baby Bonds’

Antragstext

Hintergrund

Die Wohlfahrtssysteme westlicher Demokratien zeichnen sich in der Regel durch ein dichtes Netz an Sozialleistungen, Subventionen und Förderungen aus. Österreich ist hierbei keine Ausnahme. Dieser Reigen an staatlichen Geldern kommt aber oftmals gerade nicht jenen zugute, die Unterstützung am dringendsten bräuchten, sondern vielmehr jenen, die wissen, bei welchen (vieltägigen) öffentlichen Stellen Gesuche eingereicht werden müssen. Statt somit jeder Bürgerin bzw. jedem Bürger eine faire Chance auf ein geglücktes Leben zu ermöglichen und deren individuelle Talente für die Maximierung des Gemeinwohls bestmöglich zu nutzen, erhalten Staaten diese ineffizienten, bürokratischen, historisch gewachsenen Systeme aufrecht.

Zugleich existiert gerade in Österreich keinerlei Verständnis für Aktien, Anleihen, ETFs oder jede Art finanzieller (Langzeit)investments abseits von Sparbuch, Bausparvertrag oder Lebensversicherung. In Zeiten von durch staatliche Geldpolitik befeuerter Inflation und Niedrigzinsen bedeutet dies eine schleichende Enteignung der breiten Masse der Bevölkerung. Umso dringlicher wäre es Aufgabe umsichtiger sozialer Politik, den Bürger_innen Wissen und Werkzeuge an die Hand zu geben, damit diese ihre eigene finanzielle Zukunft planen können.

19 Wir, JUNOS - Junge Liberale NEOS, sind der Überzeugung, dass die Lösung dieser
20 Problematiken nicht in kleinteiligen Reformen einzelner staatlicher
21 Förderinstrumente oder in der reinen Bereitstellung des nötigen Grundwissens
22 über Finanzmarkt und Finanzinstrumente liegt, sondern in einer grundlegenden
23 Systemumstellung. Wir schlagen hierfür die Einführung sogenannter 'Baby Bonds'
24 vor.

25 **Grundkonzept**

26 'Baby Bond' ist die Bezeichnung für einen langfristigen (staatlichen) Investment
27 Plan für Kinder, der bei deren Geburt beginnt und diesen mit dem Erreichen des
28 18. Lebensjahres ein finanzielles Startkapital zur Verfügung stellt.¹

29 Dies soll in Form eines passiv gemanagten ETFs mit einem weltweit
30 diversifizierten Portfolio geschehen (z.B. 70/30 Portfolio).

31 **Konkrete Ausgestaltung**

32 Die Basisfinanzierung der 'Baby Bonds' wird vom österreichischen Staat
33 bereitgestellt. Dieser zahlt bei der Geburt einer neuen Staatsbürgerin bzw.
34 eines neuen Staatsbürgers einmalig 10.000 € als Grundkapital ein. Eltern,
35 Verwandte oder andere Privatpersonen können ihrerseits Einzahlungen tätigen,
36 begrenzt mit dem Dreifachen des bis dahin eingezahlten Staatsbeitrags. Um diese
37 Form des privaten Investments attraktiv zu gestalten, sind die 'Baby Bonds' zur
38 Gänze steuerbefreit. Die konkrete staatliche Investmentstrategie basiert
39 grundsätzlich auf einem moderaten Risiko. Ab Vollendung des 16. Lebensjahres
40 können Jugendliche Änderungen bei der Veranlagung ihres 'Baby Bond' Portfolios
41 in einem gewissen Rahmen vornehmen. Dies allerdings nur, wenn sie einen
42 entsprechenden Bildungsnachweis im Bereich 'Financial Literacy' nachweisen. Um
43 sicherzustellen, dass diese Möglichkeit nicht an „reiche Eltern“ gekoppelt ist,
44 setzt sich JUNOS für eine Verankerung von Finanzbildung im schulischen
45 Fächerkanon ein. Das kann durch ein eigenes Schulfach oder als Querschnittsthema
46 aus mehreren Fächern vermittelt werden. Wird dieses Angebot nicht in Anspruch
47 genommen, steht jungen Menschen diese Option erst mit Erreichen der
48 Volljährigkeit offen. Das zu erwartende Endkapital pro Person, bei
49 Außerachtlassung privater Einzahlungen, würde bei einer jährlichen Rendite von 5
50 % um die 25.000 € betragen. Erhalten Minderjährige vor Vollendung des 18.
51 Lebensjahres die österreichische Staatsbürgerschaft, so ist das Grundkapital
52 aliquot mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 4% p.a. einzuzahlen, sodass
53 echte Chancengerechtigkeit hergestellt werden.

54 **Auszahlung bzw. Verwendung der Mittel ab 18 Jahren**

55 Mit Erreichen der Volljährigkeit kann der nun mündige Erwachsene erstmals auf
56 das Kapital seines 'Baby Bonds' zugreifen. Vor entsprechender Auszahlung ist ein
57 verpflichtendes finanzielles Beratungsgespräch durchzuführen. Zuvor ist dies
58 weder ihm noch seinen Eltern bzw. Obsorgeberechtigten möglich. Es existiert
59 keine wie auch immer geartete staatliche Beschränkung der Verwendung der
60 auszuzahlenden Beträge. Diese können für ein etwaiges Studium, die Gründung
61 eines Unternehmens, die Anzahlung einer Immobilie, als Pensionsvorsorge oder
62 auch für den privaten Konsum aufgewendet werden. Wenn das Kapital nicht
63 ausgezahlt und für die Pensionsvorsorge gewidmet wird, ist dies jedoch final -
64 es kann nun nicht mehr für anderes verwendet werden. Im Gegenzug entfällt die
65 Obergrenze privater Einzahlungen, diese sind nun unbegrenzt möglich. Aus der
66 Steuerbefreiung wird eine Steuerbegünstigung.

67 **Finanzierung**

68 Die Einführung der 'Baby Bonds' würde bei vollständiger Implementierung ca. 1,8
69 Prozent des derzeitigen Sozialbudgets des Bundes ausmachen. Um diese Summe
70 auszugleichen, schlagen wir folgende weitere Reformen vor, die sukzessive
71 umzusetzen sind:

- 72 • Die soziale Staffelung der Familienbeihilfe

- 73 • Die Einführung nachgelagerter Studiengebühren

- 74 • Die Durchforstung und Streichung bestehender Förderungen bzw. Subventionen
75 (junger Erwachsener), die nun nicht mehr notwendig sind (z.B.
76 Eigenmittellersatzdarlehen, etc.)

77 [1] <https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/baby-bond>

78 [2] <https://de.extraetf.com/wissen/investieren-wie-der-norwegische-staatsfonds>